

I Erläuterungen

Voraussetzungen gemäß KCGO und Abiturerlass in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung

Standardbezug

Die nachfolgend genannten Kompetenzbereiche und Einzelstandards sind für die Bearbeitung dieses Vorschlags besonders bedeutsam.

Analysekompetenz

- den Untersuchungsgegenstand differenziert wahrnehmen und fachsprachlich korrekt beschreiben (A1)
- den Wandel von Problemen und Konflikten darstellen (A11)

Urteilskompetenz

- mögliche Folgen unterschiedlicher Lösungsansätze abschätzen (U2)
- Entscheidungen institutionalisierter Akteure kriteriengeleitet überprüfen und bewerten (U11)

Darüber hinaus können weitere, hier nicht explizit benannte Einzelstandards für die Bearbeitung des Vorschlags nachrangig bedeutsam sein, zumal die Kompetenzbereiche in engem Bezug zueinander stehen. Die Operationalisierung des Standardbezugs erfolgt in Abschnitt II.

Inhaltlicher Bezug

Der Vorschlag bezieht sich auf das Themenfeld *Konjunkturanalyse und Konjunkturpolitik – Herausforderungen prozessorientierter Wirtschaftspolitik*, (Q2.1), insbesondere auf die Stichworte *Beobachtung, Analyse und Prognose wirtschaftlicher Konjunktur in offenen Volkswirtschaften durch Wirtschaftsforschungsinstitute* und *Implementationsprobleme sowie politische und ökonomische Kontroversität nachfrageorientierter Fiskalpolitik*.

Der kursübergreifende Bezug richtet sich auf das Themenfeld *Herausforderungen der Parteiendemokratie* (Q1.2), insbesondere auf das Stichwort *politische Parteien als klassische Möglichkeiten der Partizipation (insbesondere Aufgaben und Funktionen von Parteien und Populismus)*.

II Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, sind ebenso zu akzeptieren.

Aufgabe 1

In einer Einleitung sollen Autor-/in, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr und das Thema genannt werden: In ihrem Kommentar „Kann das noch gut gehen?“, erschienen am 01.08.2022 auf zeit.de, setzen sich Lisa Nienhaus und Kolja Rudzio mit möglichen Gefahren von Energiekrise und Inflation für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auseinander und gelangen zu der These, dass eine langandauernde Rezession nicht zwangsläufig eintreten müsse.

- Nach den pandemiebedingten Schließungen drohe nun, da alles gerade wieder geöffnet sei, die nächste Gefahr, die in Form von hohen Preisen und Energieknappheit auftrete und zu einer Rezession führen könne.
- Jedoch stellen sich die Autoren die Frage, ob es wirklich zu einer Rezession kommen werde und ziehen Lehren der ökonomischen Forschung heran, auf die sie im Folgenden näher eingehen.
- Mit Bezug auf die Gegenwart zeigten sich typische Symptome eines Booms, wie etwa volle Auftragsbücher, niedrige Arbeitslosigkeit und stark steigende Preise. Allerdings habe die Wirtschaftskraft das Vorpandemieniveau noch nicht wieder erreicht. Güter und Arbeitskräfte würden somit früher knapp als gewöhnlich, nicht erst im Boom, sondern schon im Aufschwung.

- Diese Knappheit sei zum einen durch die Pandemie entstanden, es fehle danach an Arbeitskräften, Vorprodukten und Rohstoffen. Zum anderen verlange der Krieg in der Ukraine die Schaffung ganz neuer Lieferketten.
- Aus der Gegenwart lernen heiße daher, dass es zwei Gefahren gebe, die eine Rezession auslösen könnten: Den Energiemangel in Folge des Ausfalls russischer Gaslieferungen und die Inflation mit der darauf folgenden Geldpolitik. Das Erhöhen der Zinsen infolge der Inflation berge hier die Gefahr eines Abwürgens des Wachstums.
- Als Lehre aus der Vergangenheit halten Nienhaus und Rudzio fest, dass Energiekrisen immer Wohlstand kosten würden. Wie stark eine Rezession ausfalle, sei stark vom Handeln der Notenbank abhängig. Mit Blick auf die Ölkrisen der 1970er Jahre erläutern sie, dass damals importiertes Öl deutlich teurer geworden sei, die eigenen Exportprodukte aber keine entsprechend höheren Preise eingebracht hätten. Durch den Anstieg der Preise für Konsumgüter, hätten sich die Menschen jedoch weniger leisten können und weniger gekauft.
- Anders als in den USA seien die Inflationsraten in der Bundesrepublik damals allerdings nie zweistellig geworden, was auf das entschlossene Handeln der damaligen Bundesbank zurückgeführt werden könne.
- So gelangen die Autoren zusammenfassend zu der Erkenntnis, dass eine Rezession dann weniger heftig ausfallen könnte, wenn die Notenbank frühzeitig und entschieden handle. Diese Prognosen hätten sich zwar in den letzten Tagen verschlechtert, zu viel Schwarzmalerei sei allerdings nicht angebracht.
- Mit Blick auf die Prognosen müsse es nach Ansicht von Nienhaus und Rudzio nicht zwangsläufig zu einer Rezession kommen.

Aufgabe 2

Nienhaus und Rudzio gehen in ihrem Text explizit auf eine Reihe von Prognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten ein.

Bezugnehmend auf diese Erwähnung kann zu Beginn auf die Aufgaben von Wirtschaftsforschungsinstituten eingegangen werden. Es handelt sich dabei um öffentliche oder private Einrichtungen, die sich mit der Untersuchung von grundlegenden Wirkungszusammenhängen in einer Volkswirtschaft, wie z.B. den Ursachen von Konjunkturschwankungen und deren Auswirkungen auf Wachstum, Beschäftigung und Preisentwicklung sowie der Vorhersage möglicher wirtschaftlicher Entwicklungen in der Zukunft befassen.

Folgende Möglichkeiten und Grenzen der Prognose konjunktureller Entwicklungen durch Wirtschaftsforschungsinstitute können, auch unter Bezugnahme auf das Material, erläutert werden:

- Für die Prognose der zukünftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden so genannte Frühindikatoren wie z.B. die Auftragseingänge in den Unternehmen, die Konsumneigung der privaten Haushalte oder die Preisentwicklung wichtiger Rohstoffe als Messgrößen herangezogen.
- Mit Hilfe der Konjunkturprognosen ist es unter anderem möglich, die Wendepunkte im Zyklus und die Stärke der konjunkturellen Ausschläge zu prognostizieren, und damit aufzuzeigen, mit welchem Kurs in der Konjunktur-, Geld-, und Fiskalpolitik verhindert werden kann, dass es zu stärkeren Abweichungen von den gesamtwirtschaftlichen Zielen kommt.
- Eine mittelfristige Finanzplanung des Bundes oder der Länder basiert mitunter auf diesen Prognosen der zukünftigen Konjunkturentwicklungen und den damit verbundenen möglichen Steuereinnahmen bzw. -ausfällen.
- Unternehmen passen ihre Investitionen und Planungen an Prognoseergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung an.
- Auch in der tarifpolitischen Auseinandersetzung der Verbände kann sich durch Konjunkturprognosen ein Anhaltspunkt für anstehende Tarifverhandlungen und -abschlüsse in der Lohnpolitik ergeben.
- Anknüpfend an Aussagen im Text kann darüber hinaus ergänzt werden, dass auf europäischer Ebene unter anderem die Vorgabe der Zinspolitik der EZB auf Konjunkturprognosen basiert. Eine Senkung oder Erhöhung des Leitzinses der EZB wirkt sich mittel- bis langfristig auf die Inflationsentwicklung sowie die Investitions- und Sparneigung aus.

- Die Grenzen der Prognose wirtschaftlicher Entwicklungen liegen zentral bei unvermeidbaren Unsicherheiten, zukünftige Entwicklungen realistisch vorhersehen zu können. Prognosen gehen daher davon aus, dass es im wirtschaftlichen Ablauf bestimmte Regelmäßigkeiten gibt, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit in die Zukunft fortgeschrieben werden können. Je länger der Prognosezeitraum ist, desto unsicherer fällt das Ergebnis einer Konjunkturprognose aus.
- Auch die Möglichkeit einer objektiven Auswahl und Erhebung von geeigneten Messgrößen ist nicht unumstritten.
- Aufgrund der Bedeutung und Auswirkungen ist die Erstellung von Konjunkturprognosen ein sensibler Bereich. Bei ihrer Festlegung könnten taktische Überlegungen und/oder finanzielle Abhängigkeiten eine Rolle spielen: Zu niedrige Prognosen können auf die Wirtschaftsakteure bremsend wirken, während zu hohe Schätzungen zu übertriebenen Erwartungen führen, die gegebenenfalls nicht eintreten werden.
- Besonders schwer vorherzusehen sind exogene Größen wie externe Schocks (z.B. Terroranschläge oder der Ukraine-Krieg) und außenwirtschaftliche Faktoren (z.B. die Entwicklung des Welthandels und der Rohöl- und Gaspreise). Beispielhaft zeigen dies die im Text genannten Konjunkturprognosen, die das Ausbleiben der russischen Gaslieferungen seit September 2022 noch nicht vollständig berücksichtigt hatten.

Darüber hinaus kann auf aktuelle Konjunkturentwicklungen eingegangen werden.

Aufgabe 3

Vor dem Hintergrund der im Text thematisierten Krisenszenarien sollen mögliche Einflüsse auf das Parteiensystem untersucht werden. Folgende grundsätzliche Ansätze können dabei berücksichtigt werden:

- Verunsicherungen der Bürgerinnen und Bürger durch Krisenszenarien können zu einem Vertrauensverlust in die Lösungskompetenz von Politikern und Parteien führen.
- Populistische Parteien, die für Krisen und Konflikte scheinbar einfache Lösungsansätze anbieten, können an Zuspruch gewinnen.
- Ein Mitgliederchwund in Parteien kann die Legitimationsfunktion von Parteien schmälern.
- Das Wählerverhalten kann dazu führen, dass etablierte Volksparteien nicht mehr in der Lage sind, nur mit einem Partner die absolute Mehrheit in Parlamenten zu erreichen. Daher müssen Koalitionen aus drei oder vier Parteien geschlossen werden.
- Die lagerübergreifenden Bündnisse können dazu führen, dass die regierenden Parteien Grundpositionen aufgeben müssen, um koalitionsfähig zu sein.
- Parteien sind ein Produkt gesellschaftlicher Konflikt- und Spaltungslinien. Politische und ökonomische Krisenszenarien können Einflüsse auf die Inhalte und Themensetzungen von Parteiprogrammen haben, so dass damit eine Angleichung oder aber stärkerer Abgrenzung zwischen den Parteien entsteht.
- Durch die mögliche Zersplitterung des Parteiensystems können insbesondere am rechten oder am linken Rand des Parteienspektrums politische Kräfte gestärkt werden, die das gegenwärtige politische System ablehnen oder infrage stellen.
- Parteien können ihre Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen ändern und ihren Mitgliedern im Internet neue Formen der Partizipation anbieten.
- Es können neue Parteien gegründet werden, durch deren Wahl der Druck auf die etablierten Parteien verstärkt wird.
- Neue Formen der politischen Partizipationsmöglichkeit können an Zuwachs und Beteiligung gewinnen (z.B. soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen).

Beispielhaft können Entwicklungen der Vergangenheit in die Untersuchung einfließen. Mögliche Anknüpfungen wären z.B.:

- Die Eurokrise als Auslöser der Gründung einer neuen Partei, der AfD.
- Umweltkrisen, wie der Reaktorunfall in Fukushima und der damit verbundene Mitgliederzuwachs der Grünen.

- Die Flüchtlingskrise als Auslöser eines erhöhten Drucks auf die regierenden Volksparteien CDU/SPD und die zu verzeichnenden Wahlerfolge von einer Protestpartei wie der AfD.
- Die Corona-Krise und der damit verbundene Anstieg von regierungskritischen gesellschaftlichen Bewegungen wie die Querdenker-Bewegung, von denen wiederum Parteien am politischen Rand wie die AfD profitieren konnten.
- Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der pazifistische Grundsatzeinstellungen von Parteien wie z.B. den Grünen in Frage stellte und zum Wandel von Parteientscheidungen führte sowie innerparteiliche Konflikte auslöste.
- Die Migrationspolitik bzw. deren Auswirkungen, aber auch allgemein die Unzufriedenheit mit der regierenden Ampelkoalition haben die Gründung neuer Parteien bzw. Abspaltungen von etablierten Parteien begünstigt: Ehemalige Mitglieder der Partei DIE LINKE haben das BSW gegründet und unzufriedene CDU-Mitglieder die Werteunion.

Aufgabe 4

Das Zitat weist auf den Zusammenhang zwischen Wohlstand und dem wirtschaftlichen Wachstum hin. Politische sowie wirtschaftliche Krisen können entscheidenden Einfluss auf die Konjunkturentwicklung und damit auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts nehmen.

Die Diskussion vor dem Hintergrund des Zitats soll sich differenzieren mit der Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen und möglichen Auswirkungen z.B. auf Unternehmen und Haushalte auseinandersetzen.

Hierzu können konkrete Beispiele staatlicher Maßnahmen wie z.B. Konjunkturpakete, die Erhöhung staatlicher Sozialausgaben usw. in die Diskussion einfließen.

Folgende Aspekte, die für staatliche Maßnahmen zur Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands sprechen, können vertiefend aufgegriffen werden:

- Die Rolle des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft (Art. 20 GG) ist es auch, soziale Schieflagen abzumildern und den sozialen Frieden zu gewährleisten.
- Die staatliche Verpflichtung zum Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) wird übernommen.
- Eine aktive Rolle des Staates in der Konjunkturpolitik wird im Rahmen der nachfragerorientierten Wirtschaftspolitik gefordert. Der Staat soll stabilisierend eingreifen und Staatsverschuldung in Kauf nehmen, um den wirtschaftlichen Abschwung abzuschwächen und die Konjunktur wieder anzukurbeln.
- Von staatlichen Investitionen in die Zukunft z.B. im Bereich der Energieversorgung können nachfolgende Generationen profitieren und Staatsschulden können im wirtschaftlichen Aufschwung wieder abgebaut werden.
- Staatliche Eingriffe in den Markt, wie z.B. die Benzinpreisbremse, der Gaspreisdeckel oder das 9-Euro-Ticket sind zeitlich begrenzt und entlasten die privaten Haushalte und Unternehmen in akuten Krisenzeiten.

Folgende Aspekte, die gegen staatliche Maßnahmen zur Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands sprechen, können vertiefend aufgegriffen werden:

- Zu starke Eingriffe des Staates können zu Wettbewerbsverzerrungen auf den Märkten führen. Der Markt reguliert sich selbst.
- Steigende Sozialleistungen belasten den Staatshaushalt und können Einsatz- und Leistungsbereitschaft, sich selbst zu helfen, mindern.
- Eine hohe Staatsverschuldung kann den Staat zukünftig in seiner Handlungsfähigkeit einschränken und gefährdet die Generationengerechtigkeit.
- Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik fordert eine zurückhaltende Rolle des Staates, Wettbewerb und Innovation gelten als ausschlaggebende Faktoren für mehr Wachstum sowie wirtschaftlichen Aufschwung.
- Staatliche Subventionen und Hilfen nach dem „Gießkannen-Prinzip“ wären nicht zielorientiert und können Fehlanreize verursachen.
- Preisdruck kann zu einem Umdenken bei Unternehmen und Verbrauchern hinsichtlich mehr Energie- und Umweltbewusstsein führen.

- Staatliche Eingriffe in den Markt wie z.B. die Benzinpreiskontrolle oder das 9-Euro-Ticket lösen keine grundlegenden Probleme, sondern können als Symbolpolitik bezeichnet werden.

Die Diskussion soll in einer begründeten Bewertung münden.

III Bewertung und Beurteilung

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt unter Beachtung der nachfolgenden Vorgaben nach § 33 der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Bewertung und Beurteilung der sprachlichen Richtigkeit in der deutschen Sprache sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 12 Satz 3 OAVO in Verbindung mit Anlage 9b anzuwenden.

Der Fehlerindex ist nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO zu berechnen. Für die Ermittlung der Punkte nach Anlage 9a zu § 9 Abs. 12 OAVO bzw. des Abzugs nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO wird jeweils der ganzzahlige nicht gerundete Prozentsatz bzw. Fehlerindex zugrunde gelegt.

Darüber hinaus sind die Vorgaben der Erlasse „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen (Abiturerlass)“ und „Durchführungsbestimmungen zum Landesabitur“ in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung zu beachten.

Als Kriterien für die Bewertung und Beurteilung dienen unter Beachtung der Zielsetzung der gymnasialen Oberstufe nach § 1 Abs. 2 OAVO neben dem Inhaltlichen auch die in den Kerncurricula genannten überfachlichen Kompetenzen, insbesondere die Sprachkompetenz und Wissenschaftspropädeutik; dies zeigt sich u.a. in qualitativen Merkmalen wie Strukturierung, Differenziertheit, (fach-)sprachlicher Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit **„ausreichend“ (5 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen grundsätzlich nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text in Ansätzen zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- ausgehend vom Text die Möglichkeiten und Grenzen von Konjunkturprognosen durch Wirtschaftsforschungsinstitute ansatzweise dargestellt werden,

Aufgabe 3

- in Grundzügen untersucht wird, inwieweit wirtschaftliche und politische Krisen Einfluss auf die Entwicklung des Parteiensystems in Deutschland nehmen können,

Aufgabe 4

- ansatzweise die Notwendigkeit und mögliche Auswirkungen staatlicher Eingriffe in das Marktgeschehen zur Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands in Deutschland diskutiert werden.

Eine Leistung ist mit „gut“ (11 Punkten) zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen weitgehend nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text strukturiert zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- ausgehend vom Text die Möglichkeiten und Grenzen von Konjunkturprognosen durch Wirtschaftsforschungsinstitute ausführlich dargestellt werden,

Aufgabe 3

- differenziert und verständlich untersucht wird, inwieweit wirtschaftliche und politische Krisen Einfluss auf die Entwicklung des Parteiensystems in Deutschland nehmen können,

Aufgabe 4

- differenziert und schlüssig die Notwendigkeit und mögliche Auswirkungen staatlicher Eingriffe in das Marktgeschehen zur Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands in Deutschland diskutiert werden.

Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

Aufgabe	Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen			Summe
	AFB I	AFB II	AFB III	
1	20			20
2	5	20		25
3	5	20		25
4			30	30
Summe	30	40	30	100

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.